



Erst fliegen Pflastersteine gegen das Fenster, dann wird übel riechende Buttersäure geworfen. Die verfehlt zum Glück ihr Ziel - das Wohnzimmer der Leipziger Wohnung von Justizminister Sebastian Gemkow.

Foto: Holger Baumgärtner

Pflastersteine gegen zwei Uhr früh

Nach dem Anschlag auf die Wohnung von Justizminister Gemkow gibt es keine konkreten Hinweise auf die Täter.

VON SVEN HEITKAMP

Großbürgerliche Wohnhäuser, ausladende Erker, ein breiter, baumbestandener Mittelstreifen. Die heile Welt der August-Bebel-Straße in der Leipziger Südvorstadt stürzte am Dienstagmorgen nur ein Polizeiwagen mit laufendem Motor, der an der Ecke einer Seitenstraße steht; gleich unter den großen zerplitterten Scheiben eines Bogenfensters, durch das der Blick auf eine imposante Bücherwand fällt. Hier wohnt Sachsens Justizminister Sebastian Gemkow (CDU). In der Nacht zu Dienstag, gegen 2 Uhr, wurde die Familie aus dem Schlaf gerissen. Mehrere Pflastersteine flogen gegen Fenster, übel riechende Buttersäure wird geworfen, verfehlt aber das Wohnzimmer. Die Chemikalie läuft die Fassade und die Fensterscheiben hinunter. Gemkow und andere Anwohner alarmieren gegen 2.12 Uhr die Polizei.

Der Minister und seine Familie sind unverletzt. „Es geht ihm und seiner Familie gut“, sagte Leipzigs Polizeipräsident Bernd Merbitz der SZ. „Wir werden nun aber natürlich alles unternehmen, um für seinen Schutz und für seine Sicherheit zu sorgen.“ Welche Maßnahmen konkret getroffen werden, ließ er offen. An der gemeinsamen Sitzung der beiden Landesregierungen von Sachsen und Sachsen-Anhalt in Merseburg nahm Gemkow gestern nicht teil, sagte

sein Sprecher. Seine Wohnung ist zurzeit unbewohnbar. Der Minister musste gestern kurzfristig eine neue Bleibe für sich und seine Familie organisieren. Nachmittags haben Handwerker begonnen, neue Fensterscheiben in der Wohnung einzusetzen. Gemkow hat zwei Kinder, das jüngste ist im August geboren worden.

Es ist der erste Anschlag auf ein privates Domizil eines hochrangigen sächsischen Politikers, nachdem schon eine Reihe von Büros attackiert worden waren – aus dem linken wie auch dem rechten Umfeld. Die Polizei spricht von mehreren unbekanntem Tätern, ohne auf Details einzugehen. Das Operative Abwehrzentrum in Leipzig hat die Ermittlungen übernommen, es ist auf extremistisch motivierte Straftaten spezialisiert. Parallel wird eifrig spekuliert. CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer machte sofort „Linksextremisten“ für den Anschlag verantwortlich.

Bei früheren Anschlägen militanter Linker in Leipzig gab es meist Bekennerschriften im einschlägig bekannten Internetportal „indymedia“. Wie Anfang August bei einer ähnlichen Attacke auf die Firma von AfD-Chefin Frauke Petry, oder bei den Angriffen von mutmaßlich Autonomen auf Leipziger Gerichtsgebäude.

Am Vorabend des nächtlichen Anschlags auf die Wohnung der Familie Gemkow war – begleitet von Protesten – einmal

mehr Legida durch Leipzigs Innenstadt gezogen. Gemkow hatte erst im Oktober einen „neuen Höhepunkt in der Verrohung der Demonstrationenkultur“ kritisiert, als ein Demonstrant auf einer Pegida-Demo in Dresden einen Galgen mitführte. „Die politische Debatte darf sich nicht weiter radikalieren und muss auf dem Boden von Recht und Gesetz bleiben“, hatte Gemkow gewarnt. Sein Statement klang wie ein Kassandra-Ruf. „Die weitere Eskalation von Sprache und Gestus auf den Demonstrationen halte ich für brandgefährlich. Wo am Anfang Worte stehen, kommt es am Ende schnell zu Entmenschlichung und Gewalt gegen Andersdenkende.“

Kein politischer Hardliner

Gemkow ist kein politischer Hardliner, der schnell zu markigen Worten greift. Einerseits setzt sich der junge Minister für eine schnellere juristische Erledigung von strittigen Asylverfahren durch die Gerichte ein. Andererseits sammelte der CDU-Landtagsabgeordnete in seinem Büro im Leipziger Kunstareal „Spinnerei“ Hilfsgüter für Flüchtlinge, die erst vor wenigen Tagen auf die griechische Insel Lesbos gebracht wurden. Kürzlich las er in einem Gymnasium aus dem Buch „Der Tod ist mein Beruf“ über den Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz vor. Im Sommer jobbte er einen Tag in der Kita „Auenzwer-

ge“ und stellte sich dort mit den Worten vor: „Ich bin der Sebastian.“

Der erst 37 Jahre alte Rechtsanwalt Gemkow ist ein Neuling im Kabinett. Seit 2009 Landtagsabgeordneter, machte ihn Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) erst vor einem Jahr überraschend zum Justizminister. Die Politik kennt er allerdings von Kindheitsbeinen an – seine Familie gehört seit Generationen zu deren Repräsentanten. Sein Vater nahm den elfjährigen Sohn mit auf die Leipziger Montagsdemos und wurde 1990 für die CDU Ordnungsdemokrat in Leipzig. Im Frühjahr 1994 starb der Vater an Krebs. Gemkows Großonkel Rudolf Krause war 1990 bis 1991 sächsischer Innenminister, ein Ugroßonkel gehörte zum militärischen Widerstand gegen Nazi-Deutschland.

Leipzig Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD), der nur einen Kilometer von Gemkow entfernt wohnt und wegen Bedrohungen von Legida schon mehrfach unter Polizeischutz stand, solidarisierte sich gestern mit dem CDU-Minister: „Diese Tat ist wiederlich und auf das Schärfste zu verurteilen, sie ist nicht nur ein Angriff auf den Rechtsstaat, sondern auch eine Attacke auf die Privatsphäre des Ministers, auf seine Familie.“ Der Angriff, so Jung, sei auch das „Ergebnis einer vergifteten, verrohten politischen Kultur und öffentlichen Auseinandersetzung.“

Die lange Liste bedrohter Politiker

Leipzig/Dresden. Anschläge wie der auf die Wohnung des Justizministers sind im Freistaat traurige Realität. Sebastian Gemkow reißt sich ein in eine Vielzahl bedrohter sächsischer Politiker. Allein seit Jahresbeginn sind im Freistaat bereits 18 Amtsträger zum Teil mehrfach bedroht worden. Diese Zahl nannte Pia Leson, Sprecherin des Innenministeriums, kürzlich gegenüber der SZ. Meist handelt es sich bei den Fällen um Beleidigung, Bedrohung oder Sachbeschädigung. Cornelia Leser vom Sächsischen Städte- und Gemeindetag sag-

te, dass in den vergangenen Monaten deutlich mehr Politiker ins Visier geraten sind: „Nach unserem Eindruck nimmt die Häufigkeit von persönlichen Anfeindungen und Bedrohungen zu.“

Oft kam es zu den Attacken im Zusammenhang mit Asylbewerberheimen. Der Heidenauer Bürgermeister Jürgen Opitz (CDU) zählte in diesem Jahr ebenso wie der Pirnaer Rathauschef Klaus-Peter Hanke (parteilos) zu den Opfern. Dessen Gartentor verriegelten Unbekannte im März mit einem massiven Gartenschloss. Auch Leip-

zigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) erhielt Dutzende Drohungen.

Die Vorfälle verteilen sich dabei auf das gesamte Parteienspektrum. Allein auf das Bundestagsbüro der Linken-Abgeordneten Caren Ley in Hoyerswerda hat es in den vergangenen Jahren 19 Angriffe gegeben. „Das ist mit Sicherheit der absolute traurige Spitzenreiter in Sachsen“, sagt Marcel Braumann, Sprecher der Linke-Landtagsfraktion. Besonders in der Lausitz komme es regelmäßig zu Übergriffen. Und auch die SPD ist zuletzt mehrfach ins Visier von Ge-

walttätern geraten. Im September zer schlugen Unbekannte ein Schaufenster des Bürgerbüros von Wirtschaftsminister Martin Dulig. Einige Tage davor gossen Unbekannte Buttersäure auf die Eingangsschwelle zum Büro des Landtagsabgeordneten Albrecht Pallas.

Auch die AfD in Sachsen verzeichnet allein 2015 nach eigenen Angaben 25 Anschläge auf Bürgerbüros oder Firmen ihrer Politiker. Zuletzt hatte es zum wiederholten Mal das Büro der Fraktionsvorsitzenden Frauke Petry getroffen. (SZ/ho)

Rätselhafte Provinzposse

Der im September in Görlitz gefundene Hanf ist inzwischen getrocknet. Wer ihn gepflanzt hat, kann die Polizei nicht sagen.

VON MARVIN LIEBIG

Der 23. September war ein ereignisreicher Tag. Damals hatten Polizisten auf der Grünfläche des Kreisverkehrs vorm Görlitzer Kino etwa 100 junge Hanfpflanzen beschlagnahmt. Der Fund gab viele Rätsel auf: Wer hat die grünen Provokateure wie, wann und warum gerade dort platziert? Und vor allem: Würden weitere Pflanzen in der Stadt gefunden? Um Klarheit für die Ermittlungen zu schaffen, ließ die Polizei die sichergestellten Teile bis vor Kurzem auf der Wache trocknen.

Gut zwei Monate später kann jedoch nur die Frage nach weiteren Hanfpflanzen mit Sicherheit beantwortet werden. „Uns sind keine weiteren Fälle bekannt, bei denen Hanf gefunden wurde“, sagt Polizeisprecher Thomas Knaup auf SZ-Nachfrage. „Wir gehen davon aus, dass es ein Einzelfall war, eine Art Provinzposse.“ Dass nichts aufgespürt wurde, bestätigt auch Stadtsprecherin Sylvia Otto. „Es sind keine weiteren Pflanzen in der Stadt entdeckt worden“, teilt sie mit.

Obwohl sich ein anonymer Nutzer mit dem Pseudonym „Pflanzer statt Landser“, der augenscheinlich einer politischen linken Gruppierung angehört, bereits einen Tag vor der Entdeckung der Pflanzen im Internet zu der Tat bekannte, kann die Polizei nach wie vor keine Angaben zu dem oder den Tätern machen. „Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind abgeschlossen“, erklärt Thomas Knaup. „Wie die Pflanzen in den Boden am Kreisverkehr kamen, blieb ungeklärt.“

Über das Geschlecht der Gewächse gab es keine Angaben. Sind diese weiblich, enthalten sie das berauschende Tetrahydrocannabinol (THC), wäre es ein Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Die mutmaßlichen Täter hätten sich also strafbar gemacht. Zumindest eines ist aber sicher, sagt Thomas Knaup. Der sichergestellte Hanf vom Kreisverkehr bleibt bis zu seiner Vernichtung in polizeilicher Verwahrung.

Unterstützung für mehr Exzellenzinitiativen

Dresden. Sachsen unterstützt weitere Bewerbungen von Hochschulen für die Exzellenzinitiative mit insgesamt rund zwei Millionen Euro. „Wir geben Universitäten Rückenwind für eine neue Exzellenzrunde“, sagte Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) in Dresden. Alle drei in Sachsen gegründeten Cluster seien profilbildend für ihre Universitäten.

Derzeit ist die TU Dresden mit ihrem Zukunftskonzept eine Exzellenz-Universität. Das Zentrum für regenerative Therapien sowie das Center for Advancing Electronics Dresden werden als Exzellenz-Cluster gefördert. An der TU Chemnitz gilt gleiches für das Cluster Technologiefusion für multifunktionale Leichtbautechniken. An der TU Dresden erhält zudem die Internationale Graduiertenschule für Biomedizin und Bioengineering Förderung in der Exzellenzinitiative.

Bis Mitte 2016 wollen Bund und Länder über weitere Förderung entscheiden. Die Bundesregierung stellt fünf Milliarden Euro dafür bereit. (dpa)

Bäcker bitten wieder um den Stollenpfennig

Radebeul. In der Adventszeit stellen knapp 600 Bäcker in Sachsen wieder Spenden-sammelbüchsen für einen guten Zweck auf und bitten ihre Kunden um das Wechselgeld vom Stollenkauf. Eröffnet wird die 22. Stollenpfennig-Aktion am Donnerstag in der Akademie Deutsches Bäckerhandwerk Sachsen in Dresden. Bis Weihnachten soll dabei in landesweit rund 1.500 Spendendosen Geld für Bedürftige gesammelt werden. Der Erlös fließt traditionell in Projekte der Hilfsaktion „Brot für die Welt“ der evangelischen Kirche. 2014 kamen dabei laut Diakonie mehr als 340.000 Euro zu lauten, seit 1994 insgesamt weit mehr als eine halbe Million Euro.

„Angemessene Nahrung ist ein Menschenrecht“, sagte Direktor Christian Schönfeld. Angesichts des Überflusses gerade das hier oft in Vergessenheit. Rund zwei Milliarden Menschen fehlten wichtige Nährstoffe für ein gesundes Leben wie Eisen, Zink, Jod und Vitamine. „Brot für die Welt“ fördert in mehr als 90 Ländern Projekte zur Überwindung von Hunger. (dpa)

„Wenn ich Ausländer behandeln wollte...“

Ein Arzt aus dem Vogtland sagt öffentlich, dass in seiner Praxis Flüchtlinge nicht willkommen seien. Die Reaktionen lassen nicht lange auf sich warten.

VON HEIKE MANN

Ellefeld. Ob er sich damit einen Gefallen getan hat? Weil er sich offensichtlich weigert, in seiner Praxis Ausländer zu behandeln, sorgt ein sächsischer Arzt für mächtig Aufregung im Land.

Thomas Schädlich aus Ellefeld im Vogtland hatte vergangenen Donnerstag während einer Gemeinderatssitzung gesagt, er werde in seiner Praxis keine Flüchtlinge behandeln. „Wenn ich Ausländer behandeln wollte, wäre ich zu Ärzten ohne Grenzen gegangen.“ Die Stimmung im Saal war aufgebracht, die Ablehnung im Ort gegen die angekündigte Nutzung des ehemaligen Hotels „Ellefelder Hof“ als Unterkunft für 80 Asylbewerber groß.

„Jeder ausländische Bürger, der in unser Haus kommt, wird behandelt“, erklärte am Dienstag Dietrich Steiniger, Chefarzt am Klinikum Oberglötzsch in Rodebach und Vorstandsmitglied der Sächsischen Landesärztekammer. Die Äußerungen seines Ellefelder Kollegen ließ Steiniger kommentieren. Zuvor hatte die Kammer bereits mitgeteilt, die bloße Ankündigung sei moralisch verwerflich, aber juristisch zunächst nicht relevant. Es müsse tatsächlich zu einem nachweislichen Verstoß gekommen sein, bevor die Landesärztekammer Rügen erteilt oder Ordnungsgeld androht. Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsrecht dürfe ein Arzt einem Patienten nicht wegen dessen Hautfarbe, Religion oder Staatsangehörigkeit eine Behandlung verweigern. Verstößt er dagegen, kann er straf- beziehungsweise zivilrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Onlineportal Mopo24 bestritt Schädlich inzwischen die ihm unterstellten Aussagen. Diese seien „aus dem Zusammenhang gerissen“. Seinen Standpunkt nochmals zu erklären, lehnte er am Dienstag



Der Mediziner Thomas Schädlich sitzt für die AfD im Kreistag. Foto: Franko Martin

auf Anfrage ab. Der Arzt, der auch Chef der AfD/DSU-Fraktion im Kreistag ist, kündigte juristische Schritte an.

Die Reaktionen auf Schädlichs Äußerungen reichen unter den Kreisräten von „Rassismus pur“ bis „kein Kommentar“. Dieter Rappenhöner (Grüne) erklärte: „Die unsagbaren Aussagen sind eine Schande

für die Ärzteschaft im Vogtland.“ Waltraud Klarner (Linke) äußerte sich entsetzt: „Vor einem Arzt, der diese Unterschiede zwischen deutschen Patienten und Ausländern macht, muss man Angst haben.“ SPD-Fraktionschef Lutz Kästel empfahl Schädlich, sich eine Information des Hartmannbundes zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen anzuschauen. Darin gibt der Ärztesverband auch Erklärungen zur Abrechnung von ärztlichen und zahnärztlichen Leistungen. Was die dringende medizinische Versorgung betrifft, sei Schädlich „seinem ärztlichen Ethos verpflichtet“, betonte Kästel.

CDU-Fraktionschef Dieter Kießling wollte die Äußerungen nicht bewerten. Er sei nicht dabei gewesen, als diese fielen. Ähnlich zurückhaltend äußerte sich Ralf Oberdorfer (FDP). Ellefelds Bürgermeister Jörg Kerber, der als Versammlungsleiter nach der Debatte im Gemeinderat Werteverlust und Unsachlichkeit beklagt hatte, wünschte sich, dass Schädlich das Gesagte zurücknehmen würde und dass alles „im Guten geklärt“ werden könne. (fp)